Drucksache Nr.: 0235/2003/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Bau-, Planungs- und Umwelt- ausschuss	18.12.2003	Ö	Vorberatung
Hauptausschuss		N	Kenntnisnahme
Ratsversammlung		Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

OBM / Erster Stadtrat

Verhandlungsgegenstand:

**Grünordnungsplan zum Bebauungsplan
Nr. 268 B "Südlich Kampstraße"
- Beschluss über Anregungen
- Billigung des Grünordnungsplanes**

A n t r a g :

1. Die Ratsversammlung hat die im Beteiligungsverfahren nach § 6 Abs. 2 Landesnaturschutzgesetz vorgetragene Anregungen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Träger öffentlicher Belange, Naturschutzverbände und Vereine, die Anregungen erhoben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die Ratsversammlung billigt den Entwurf des Grünordnungsplanes für das Teilgebiet, welches mit dem reduzierten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 268 B „Südlich Kampstraße“ übereinstimmt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Berücksichtigung des verkleinerten

Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 268 B „Südlich Kampstraße“, den geänderten Entwurf des Grünordnungsplanes der unteren Naturschutzbehörde zur Stellungnahme vorzulegen. Macht diese keine Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge, gilt der Plan als festgestellt.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ausgleichsmaßnahmen entsprechend den Ausführungen des Grünordnungsplanes auf den dafür vorgesehenen Ausgleichsflächen zeitgleich zum Fortgang der Erschließungsarbeiten im Bebauungsplan Nr. 268 B „Südlich Kampstraße“ durchzuführen.

Finanzielle Auswirkungen:

Allgemeine Verwaltungskosten

Begründung:

Der Planungs- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 14. August 2003 den Entwurf des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 268 B „Südlich Kampstraße“ gebilligt. Der Grünordnungsplan (GOP) bewertet die nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft und stellt die zur Eingriffsbewältigung vorgesehenen Maßnahmen dar. Da auf den Flächen im Bebauungsplangebiet nur ein geringer Teil der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden kann, soll der überwiegende Teil dieser Maßnahmen auf stadteigenen Flächen in den Stadtteilen Tungendorf und Wittorf durchgeführt werden.

Parallel zu der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurde zum Entwurf des Grünordnungsplanes gemäß § 6 Abs. 2 Landesnaturschutzgesetz eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannte Naturschutzverbände sowie der Öffentlichkeit durchgeführt. Die im Rahmen dieser Beteiligungen vorgebrachten Anregungen sind in der beiliegenden Übersicht zusammengefasst. Die Verwaltung hat zu den jeweiligen Anregungen Abwägungsvorschläge erarbeitet und entsprechende Beschlussanträge formuliert.

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 268 B sind seitens des Staatlichen Umweltamtes Kiel aufgrund der angrenzenden gewerblichen Nutzungen Bedenken gegen die Wohngebietsausweisung im südlichen Teil des Plangebietes geäußert worden. Um den hierdurch angesprochenen Belang sachgerecht abwägen zu können, ist zunächst eine gutachterliche Erfassung und Bewertung der vorliegenden gewerblichen Immissionen im Plangebiet erforderlich. Da das geäußerte Bedenken nicht den nördlichen Teilbereich des Plangebietes betrifft, schlägt die Verwaltung vor, den Bebauungsplan in verkleinerter Form für den 1. (nördlichen) Erschließungsabschnitt in Kraft zu setzen, um dem anstehenden Bedarf an Wohnbaugrundsütcken im Stadtteil Gadeland entgegen kommen zu können. Die Aussagen des Grünordnungsplanes sind an das auf diese Weise reduzierte Plangebiet des Bebauungsplanes angepasst worden; der Umfang der erforderlichen plangebietsexternen Kompensationsmaßnahmen reduziert sich analog zu dem geringeren Eingriffsumfang im verkleinerten Plangebiet.

Im Gegensatz zu dem Bebauungsplan wird der Grünordnungsplan nicht als Satzung beschlossen. In der Beschlussfassung wird der Oberbürgermeister beauftragt, den in der geänderten Fassung anliegenden Grünordnungsplan der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen. Macht diese keine Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge, gilt der Plan als festgestellt.

Da die Ausgleichsflächen außerhalb des Plangebietes nicht Bestandteil des Bebauungsplanes sind, verpflichtet sich die Verwaltung als Erschließungsträger die Ausgleichsmaßnahmen zeitgleich zum Fortgang der Erschließungsarbeiten durchzuführen.

Diese Drucksache hat dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zur Beratung vorgelegen.

Unterlehberg
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Übersicht über Anregungen mit Beschlussvorschlägen
- Planausschnitt (Verkleinerung)
- Erläuterungsbericht zum Grünordnungsplan